

FÜR EIN EHRGEIZIGES EUROPA

Jean-Claude Juncker | *Präsident der Europäischen Kommission*

Dieser Text stützt sich auf die Rede von Jean-Claude Juncker im Rahmen seiner [Debatte](#) mit Manuel Valls im Conservatoire national des arts et métiers in Paris am 7. Oktober 2016, die zum Anlass der [20. Jahrestages](#) der Gründung des Jacques Delors Instituts, damals als "Notre europe" organisiert wurde. Das [Video](#) zur Rede steht auf unserer YouTube Seite und die [Fotos](#) des Events auf unserem Flickr Profil.

Verehrter Herr Premierminister, lieber Manuel,
Verehrter Präsident des Jacques Delors Instituts, lieber Enrico,
Verehrter Leiter des Conservatoire national des arts et métiers,

Zuallererst möchte ich Enrico Letta für die Einladung danken. Hätte er mich nicht eingeladen, wäre ich natürlich trotzdem gekommen. Ich hätte mich einfach aufgedrängt, denn ich bin, auch wenn sich niemand daran erinnern mag, Gründungsmitglied der Delors-Stiftung, die Zuwendungen aus dem luxemburgischen Haushalt erhielt. Dann habe ich mein Land verlassen und die gegenwärtige Regierung hat die Unterstützung dieser Institution, die sie wohl für irgendeinen karitativen Verein hielt, auslaufen lassen. Dabei ging es doch darum, gerade diejenigen zu fördern, die wirklich nachdenken und daraus Handlungsempfehlungen ableiten.

Ich wäre dennoch über alle Maßen traurig gewesen, wenn man mich nicht eingeladen hätte, denn ich bewundere Jacques Delors zutiefst. Er ist mir ein teurer Freund, zudem stand er als mein illustrierter Vorgänger an der Spitze der Europäischen Kommission, außerdem war er mein langjähriger Mentor. Ich verdanke ihm sehr viel.

Als ich ein junger Minister war, nahm er mich unter seine Fittiche, um mir ein Gefühl für Europa zu vermitteln, um mir verständlich zu machen, was er vorhatte und worauf er hinaus wollte. Und doch bleibt zwischen Jacques Delors und mir eine kleine Meinungsverschiedenheit. Zu Beginn der neunziger Jahre hat er versucht, seinen zukünftigen Nachfolger und den damaligen luxemburgischen Premierminister Jacques Santer davon zu überzeugen, mich zum Vizepräsidenten der Kommission mit der Zuständigkeit für Soziales zu ernennen. Dieser Einladung leistete ich nicht Folge, was ich bis heute bereue – obwohl meiner gewaltigen Reue bei Jacques Delors wohl eher ein kleines Bedauern gegenübersteht.

1. Jacques Delors' Europa

Die Feier des 20-jährigen Bestehens des Instituts bietet einen willkommenen Anlass für die Frage, wo Europa heute ohne Jacques Delors' Verdienste stünde. Wir wissen alle, wie es zuvor um Europa stand und wir wissen, wie viel wir ihm verdanken. Ohne Jacques Delors gäbe es keinen Binnenmarkt beziehungsweise keinen „großen Markt“, wie er zu sagen pflegte. Damit meinte er den größten Binnenmarkt der Welt, den europäischen, mit 500 Millionen Verbrauchern und Bürgern.



Ohne Jacques Delors gäbe es keine Einheitswährung, die uns Schutz bietet und Europa während der Wirtschafts- und Finanzkrise vor dem Schlimmsten bewahrt hat. Man stelle sich nur einmal für einen Augenblick vor, was passiert wäre, wenn wir zu Beginn oder auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, die ja von außen über Europa hereinbrach, keine gemeinsame Währung gehabt hätten, sondern immer noch in den Zwängen des alten Europäischen Währungssystems gefangen gewesen wären. Die Krise hätte wahrscheinlich schon nach kurzer Zeit einen Währungskrieg in Europa ausgelöst: Frankreich gegen Deutschland, Deutschland gegen Italien und Italien gegen Spanien. Ich habe die Zeit des Europäischen Währungssystems persönlich erlebt, als sich jeden dritten Sonntag die Finanzminister aller Mitgliedsstaaten in Brüssel einfanden, um Wechselkursanpassungen vorzunehmen und die wirtschaftlichen Entwicklungen bis ins kleinste Detail auszuwerten. Das konnte über Nacht dazu führen, dass die Industrieproduktion in einem Land sich plötzlich verteuerte und Wirtschaftszweige in anderen Staaten von kompetitiven, das heißt gegen andere Länder gerichteten Abwertungen profitieren konnten. Die Einheitswährung, die auf die Initiative Jacques Delors' zurückgeht, hat all dem ein Ende gesetzt. 1988 leitete er die nach ihm benannte Delors-Gruppe, das Delors-Komitee, das sich hauptsächlich aus den Präsidenten der Notenbanken der Mitgliedsstaaten zusammensetzte. Es gelang ihm, diese bunte Truppe von der Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit einer Einheitswährung zu überzeugen.

Jetzt, da so viel über den Brexit gesprochen wird, fällt mir auch wieder ein, dass es damals ausgerechnet der britische Finanzminister war, der den Euro gerettet hat. Am Tag nach dem Tod des belgischen Königs Baudouin kamen wir wie immer zusammen, um die Wechselkurze zwischen den nationalen Währungen aufeinander abzustimmen. Und ich sage das jetzt nur, weil niemand darüber spricht: Zu jener Zeit wollten Deutschland und die Niederlande das Europäische Währungssystem verlassen! Und ich, als Finanzminister des kleinen Luxemburg, war in der Bredouille, denn von den Zahlen her standen die Luxemburger weit besser da als die Deutschen und die Niederländer, aber wir konnten das EWS nicht wirklich verlassen. Wir hatten nämlich keine eigene Währung, wir hatten nur den belgischen Franc. Wenn Luxemburg zusammen mit Deutschland und den Niederlanden dem EWS den Rücken gekehrt hätte, wäre der belgische Franc am Folgetag um 30 bis 40% abgestürzt. Und in dieser Situation ergriff Kenneth Clarke, damals

Schatzkanzler, das Wort. Er sagte: „Großbritannien hat das Recht auf einen Opt-Out und zum jetzigen Zeitpunkt werden wir die Einheitswährung nicht einführen. Aber eines Tages werden auch wir sie einführen. Ich wünsche mir, dass meine Enkelkinder in Euro bezahlen können“ – den Namen Euro gab es damals natürlich noch nicht –, „aber wenn ihr jetzt Deutschland und die Niederlande aus dem EWS austreten lasst, nur damit ihr dann unter französischer Fuchtel steht, wird es niemals eine Einheitswährung geben. Und da ich will, dass meine Enkelkinder mit einer Einheitswährung bezahlen können, steht es euch nicht zu, solche Ausstiegspläne zu hecken.“

Binnenmarkt, Einheitswährung, sozialer Dialog. Als Kommissionspräsident begann Jacques Delors 1985 in Val Duchesse mit der ihm eigenen Mischung aus Tatkraft, Talent und Fingerspitzengefühl den sozialen Dialog. Es waren solche Leistungen, die mich dazu anregten, meine eigenen Projekte an der Spitze der Kommission im Geiste Jacques Delors anzugehen und umzusetzen. In meiner Antrittsrede vor dem Europäischen Parlament nannte ich zwei Namen: Helmut Kohl und Jacques Delors. Natürlich haben nur wenige das Zeug zu einem Kohl oder Delors. Aber alle, die das Glück hatten, die beiden kennenzulernen und noch immer unter dem Eindruck dieser großen Europäer stehen, können sich guten Gewinns auf ihren Einfluss berufen, auch wenn es schwierig ist, ihr Erbe anzutreten.

2. Vereinigte Staaten von Europa?

Wir stehen derzeit vor großen Problemen. Vor ein paar Wochen sagte ich dem Europäischen Parlament, dass Europa sich in einigen Bereichen mit geradezu existenziellen Krisen konfrontiert sieht. Die meisten Zeitungen ließen das „in einigen Bereichen“ natürlich weg. Aber ich habe nicht gesagt, dass sich das gesamte europäische Projekt in einer Existenzkrise befindet, sondern, dass diese Feststellung auf gewisse Bereiche der EU zutrifft.

Ich glaube, es ist an der Zeit, ja es ist längst überfällig, ein paar Sachen klarzustellen. Oft ist es so, dass Beobachter aus der Außenperspektive Schwierigkeiten haben überhaupt zu verstehen, was wir hier machen. Dafür gibt es mehrere Gründe, aber einer davon hat mit einem tiefgreifenden Missverständnis zu tun. Ich glaube, wir sollten nicht länger von den Vereinigten Staaten von Europa sprechen. Als ich 17 oder 18 Jahre alt war, führte ich dieses Wort immer wieder im Munde.



Aber irgendwann kam die Phase, in der ich mir sagte, dass man den europäischen Bürgern diesbezüglich keinen falschen Eindruck vermitteln sollte. Es wird die Vereinigten Staaten von Europa niemals geben, weil die europäischen Völker das einfach nicht wollen. Die europäischen Völker brauchen Vertrautheit, sie lieben ihr Land, ihre Herkunft, ihre Landstriche und Traditionen. Mit anderen Worten ausgedrückt: Sie lieben das Europa der Vielfalt, das gerade aufgrund seiner Diversität so viel mehr zu bieten hat als andere politische Gebilde. Es ist deshalb meiner Ansicht nach nicht hilfreich, so zu tun als ob die EU sich auf dem Weg zu einem europäischen Staatswesen befinde. Schließlich schätzen diejenigen, die in Europa leben weniger die nationale Identität (ein inzwischen recht negativ besetzter Begriff) als die nationale Wirklichkeit. Man kann Europa nicht gegen den Willen der europäischen Nationen errichten. Nationalstaaten sind keine Durchgangsstationen der Geschichte. Nationalstaaten überdauern lange Zeiträume, das ist ihr Zweck, und die Europäische Union ergänzt und vervollständigt diese Nationalstaaten an den Stellen, wo sie mit ihren eigenen Mitteln nicht weiterkommen, zum Beispiel wenn es auf internationaler Ebene nicht vorwärtsgeht und völliger Stillstand droht.

3. Ein ehrgeiziges und bescheidenes Europa

Aus diesem Grund hielt ich es für angebracht, ein Leitmotiv auszugeben, das die Tätigkeit der Kommission unter meinem Vorsitz auf den Punkt bringt: Europa muss stark und ehrgeizig sein, wenn es um die großen Herausforderungen unserer Zeit geht, aber bei den kleinen Dingen, da muss Europa bescheiden, zurückhaltend, ja sogar vorsichtig sein. Die EU und damit auch die Europäische Kommission haben nicht das Recht, in die einzelnen Lebensbereiche der Bürger hineinzuregieren und sich in ihren Alltag einzumischen. Denn die Bürger wüssten in dem Fall nicht, wer da an welcher Stelle was entschieden hat.

Stattdessen sollte sich Europa wie bereits angedeutet auf die großen Herausforderungen konzentrieren. Und davon gibt es mehr als genug, weshalb wir uns nicht mit irgendwelchen Randfragen aufhalten sollten.

3.1. Wachstum und Investitionen

Wir leiden nach wie vor unter dem schwachen Wirtschaftswachstum, wir sind gezeichnet von den Konsequenzen, die der Investitionsrückgang der letzten fünfzehn Jahre nach sich gezogen hat. Auch heute liegt die Investitionsquote um 15% unter der des Vorkrisenjahres 2007. Deshalb hat die Kommission einen Investitionsplan für Europa vorgelegt – und der funktioniert. Zu Beginn nannte man ihn den Juncker-Plan, da man sich sicher war, dass er scheitern würde. Jetzt hat sich gezeigt, dass der Plan die gewünschte Wirkung erzielt, und man spricht seitdem lieber vom Europäischen Fonds für strategische Investitionen genannt. Der Plan ist derselbe und er funktioniert, weil wir über drei Jahre verteilt eine Summe von 315 Milliarden Euro investieren, indem wir Geld aus dem bereits reduzierten EU-Budget umschichten und zugleich an den Privatsektor appellieren, seiner Investitionspflicht nachzukommen. Wir haben die Europäische Investitionsbank mit der Ausarbeitung der Leitlinien und der konkreten Umsetzung dieses Plans betraut, weil ein Banker die Kapitalrendite und den Wert einer Investition besser abzuschätzen vermag als es die Kommission könnte. Bis dato haben wir über den Fonds Kapital in Höhe von 130 Milliarden Euro bereitgestellt und zahlreiche Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht. 300.000 kleine und mittelständische Unternehmen profitieren von einem erleichterten und flexibleren Zugang zu Krediten. Das meiste Geld aus dem Plan, der einst meinen Namen trug, fließt derzeit nach Frankreich. Und wir haben entschieden, den Betrag auf 630 Milliarden Euro zu verdoppeln. Bis 2020 wollen wir ein Gesamtvolumen von 500 Milliarden erreicht haben. Ich glaube, das ist der

richtige Weg. Für die bevorstehende Auswertung der ersten Etappe würde ich mir wünschen, dass wir versuchen, die Investitionen so auf die Mitgliedsstaaten zu verteilen, dass insbesondere strukturell benachteiligte Länder einen Nutzen daraus ziehen können. Momentan ist es jedoch so, dass die fünfzehn reichsten Länder und die fünfzehn leistungsfähigsten Volkswirtschaften mehr von dem Plan profitieren als strukturschwache Mitgliedsstaaten. Das müssen wir ändern.

3.2. Europäische Werte

Für mich ist Europa vor allem eine Frage der Werte. Ich werde mich hier nicht lang und breit zu den europäischen Werten äußern. Es sind schlicht zu viele. Aber einige sind unabdinglich. Europa muss sich wieder darauf besinnen, ohne jede Ausnahme die Regeln der Rechtsstaatlichkeit zu respektieren. Das Recht ist die Grundlage der Europäischen Union. Und es erschüttert mich, wenn ich erleben muss, dass sich einige Mitgliedsstaaten durch die Verletzung der europäischen Rechtsnormen hervortun. Im Bereich der Migrationspolitik hat die Kommission einen Plan vorgeschlagen, „Resettlement, relocation“, wie es so schön auf Franglais heißt, der Ministerrat hat ihn mit qualifizierter Mehrheit angenommen. Und doch setzen ihn einige Mitgliedsstaaten nicht um. Das ist der Anfang vom Ende. Wenn eine auf demokratischem Wege beschlossene Regel von den Mitgliedsstaaten, für die sie gemacht worden ist und die gemäß den Europäischen Verträgen für deren Umsetzung zuständig sind, nicht respektiert wird, dann haben wir bald überhaupt keinen Handlungsspielraum mehr. Wenn ein Mitgliedsstaat jedes Mal, wenn er mit einer bestimmten Entscheidung nicht einverstanden ist, ein Referendum durchführt in der Hoffnung, diese Ablehnung bestätigt zu bekommen und zu einem Ergebnis zu gelangen, das der gegenwärtigen oder anzunehmenden Rechtslage widerspricht, dann werden wir schon übermorgen nicht mehr in der Lage sein, die Europäische Union zu verwalten und sie auf bestmögliche Weise zu führen.

4. Konkrete Erfolge der EU

4.1. Modernisierung der europäischen Wirtschaft

Natürlich kann es geboten und notwendig sein bei Verfassungsverträgen und Ähnlichem auf das Instrument von Volksabstimmungen zurückzugreifen. Doch bei konkreten Fragen und sehr ins Detail gehenden Entscheidungen sein halte ich das für einen

äußerst gefährlichen Weg. In den kommenden zwölf Monaten steht eine Reihe wichtiger Entscheidungen an, davon bin ich überzeugt. Es ist unsere letzte Chance, dass Europa wieder auf die Beine kommt. Ich habe in einem anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, dass wir unsere Wirtschaft modernisieren müssen. Einen besonderen Schwerpunkt möchte ich dabei auf den digitalen Binnenmarkt legen. Die Kommission hat dreißig Vorschläge gemacht, von denen ich hoffe, dass der Rat und das Parlament sie bis zum nächsten Sommer oder spätestens bis zum Herbst 2017 annehmen werden. Die Digitalwirtschaft ist von entscheidender Bedeutung und wenn wir es verschlafen, unsere Vorstellungen durchzusetzen, dann werden wir gegenüber anderen auf der Welt, die dieses Wachstumspotenzial erkennen und entsprechend handeln, das Nachsehen haben. Wenn wir aber all das verwirklichen, was wir uns für das digitale Europa vorgenommen haben, dann könnten am Ende eine Wertschöpfung von 450 Milliarden Euro pro Jahr und die Schaffung von 3,6 Millionen Arbeitsplätze stehen.

4.2. Über die Energy Union

Dasselbe gilt für die sogenannte Energieunion. Wenn die Vorschläge der Kommission zu diesem Thema angenommen werden, dann könnten die europäischen Verbraucher 40 Milliarden Euro einsparen. Die Digitalwirtschaft, der Energiesektor, der Investitionsplan – das alles ist in sich stimmig und gibt eine Richtung vor. Eine Politik, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen will, darf allerdings die beiden anderen Eckpunkte vernünftiger Wirtschaftspolitik nicht aus dem Blick verlieren. An der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führt kein Weg vorbei. Und ohne die notwendigen Strukturreformen wird es nicht gehen. Investitionen in Arbeitsplätze, die Jugend und damit auch in die Zukunft unseres Kontinents vervollständigen das Bild. Nur im Zusammenspiel dieser drei Faktoren kann eine ökonomische Aufwärtsspirale in Gang kommen.

4.3. Europäische Verteidigung

Das gleiche gilt schließlich auch für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die allerdings nicht zu meinen Spezialgebieten gehört, da die luxemburgische Armee in der Geschichte eher selten Gelegenheit hatte, auf den Lauf der Dinge einen entscheidenden Einfluss zu nehmen, obwohl es diesen Ehrgeiz durchaus gab. Die luxemburgische Armee

zählt 771 Soldaten – den Verteidigungsminister eingeschlossen – und ist damit von recht übersichtlicher Größe. Doch hier geht es um europäische Verteidigungspolitik. Wir können – das sage ich hier genauso wie in allen anderen Städten Europas – uns in diesem Bereich nicht nur auf Frankreich verlassen. Allein kann es die Ehre Europas nicht retten. Wenn Frankreich nicht in Mali eingegriffen hätte, hätte Europa dort durch völlige Abwesenheit gegläntzt. Wenn Europa dort einen Beitrag geleistet hat, dann nur dank der Initiative Frankreichs. Wir sollten die europäische Verteidigungspolitik gleichmäßiger auf alle Schultern verteilen. Ein erster Schritt wäre das von mir ins Spiel gebrachte EU-Militärhauptquartier in Brüssel. Wir sprechen hier von beträchtlichen Einsparungen. Da bislang kein europäisches System für Rüstungsaufträge existiert, gehen den Haushalten der Mitgliedsstaaten bis zu 100 Milliarden Euro verloren. Wir geben 100 Milliarden zu viel aus, weil wir es nicht schaffen, uns bei der Beschaffung von militärischer Ausrüstung aufeinander abzustimmen. Wir sollten diese Möglichkeit zur Kostensenkung nutzen und die Verteidigungspolitik effizienter gestalten.

Der Terrorismus erkennt keine Grenzen an und deswegen betrifft er auch Europa. Auch hier hat die Kommission alle notwendigen Vorschläge vorgelegt, wie ich zuletzt einem vielversprechenden ehemaligen Innenminister erläuterte. Einige davon wie die Speicherung von Fluggastdaten auf die vor allem die französische Regierung gedrängt hatte, wurden umgesetzt. Wir haben die europäische Gesetzgebung zur Terrorfinanzierung reformiert. Wir haben das Waffenrecht verschärft. Fünf Tage nach den Anschlägen in Paris schlug die Kommission vor, den Waffenhandel einzuschränken. Der Europäische Rat brauchte daraufhin acht Monate, um eine Initiative zu verabschieden, der zuvor höchste Priorität beigemessen worden war. Und die Verzögerung kann gewiss nicht Frankreich zur Last gelegt werden. In Zukunft sollten die Kommissionsvorschläge zur Sicherheitspolitik umgehend im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden. Ich bin überzeugt, dass wir in diesem Bereich große Fortschritte machen werden, wenn wir es schaffen, für eine bessere Kooperation zwischen Polizei und Geheimdiensten zu sorgen. Und wir haben bereits Fortschritte gemacht, so zum Beispiel bei der Einführung des Europäischen Haftbefehls (EuHB). Einer der Attentäter von Paris konnte innerhalb weniger Tage von Belgien an Frankreich ausgeliefert werden, während es zuvor schon mal zehn Jahre gedauert hat bis ein Terrorist, der nach Großbritannien

geflohen war, Frankreich übergeben wurde. Wir schaffen heute in zehn Tagen, was sich früher über zehn Jahre hinzog. Solche Bemühungen müssen wir fortsetzen.

4.4. Soziales Europa

Der Binnenmarkt hat zudem eine soziale Dimension, die dem allgemeinen Eindruck nach nicht sonderlich ausgeprägt, ja eigentlich kaum vorhanden ist. Doch es gibt sie, denn wir haben Richtlinien für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz – das sind die Direktiven von Delors, Vasso Papandreou und anderen –, die gemeinsam mit dem Binnenmarkt eingeführt wurden. Allerdings gilt es, hier noch mehr zu tun. Wir müssen den Menschen in Europa zuhören, die leider nicht überall das Gleiche sagen. Wir haben den Gesetzgebern eine Revision der Entsenderichtlinie vorgelegt, denn ich bin der Meinung, dass ein Grundsatz in der Sozialgesetzgebung verankert werden muss: gleiches Gehalt für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Ich möchte, dass der Europäische Rat und das Europäische Parlament so schnell wie möglich diese Entsenderichtlinie reformieren ohne sich von den elf nationalen Parlamenten in die Irre führen zu lassen, die uns schon die gelbe Karte gezeigt haben mit dem Argument, die Entsendung von Arbeitnehmern falle unter die Selbstbestimmung der Länder und bedürfe keiner verbindlichen Regelung auf europäischer Ebene. Doch es sollte in der Tat eine verbindliche und länderübergreifende Regelung geben, um dem Sozialdumping ein Ende zu machen, das im Zuge der Schaffung des Binnenmarktes dazu geführt hat, dass die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sich verschlechterten. Also tun wir, was an dieser Stelle getan werden muss.

5. Brexit

Und schließlich ist da noch der Brexit. Wir werden nicht anfangen zu verhandeln, solange die britische Regierung kein förmliches Austrittsgesuch bei uns eingereicht hat. Ich freue mich, dass mein Freund Michel Barnier heute hier ist, den ich mit dem Amt des Chefunterhändlers bei den Brexit-Verhandlungen betraut habe. Ohne hier in die Details zu gehen und sich in der Frage eines „harten“ oder „weichen“ Brexits festzulegen – ich weiß wirklich nicht, was darunter zu verstehen ist – muss doch in einer Sache Klarheit herrschen: Wenn Großbritannien weiterhin freien Zugang zum Binnenmarkt haben will, dann müssen alle Regeln und Freiheiten, die in diesem

Binnenmarkt gelten, vollständig eingehalten werden. Man kann nicht mit einem Bein drinnen und mit dem anderen draußen stehen – und zu allem Überfluss noch mit dem Bein, das draußen steht, all das eintreten, was im Inneren aufgebaut wurde. In diesem Punkt müssen wir unnachgiebig bleiben. Ich beobachte die Schachzüge: Die britische Regierung und regierungsnahen Kreise haben bereits alles Ernstes damit begonnen, den Unternehmern auf dem Kontinent zu signalisieren, dass sich die Beziehungen doch auch in Zukunft möglichst einvernehmlich gestalten mögen. Der Meinung bin ich ja auch. Natürlich will ich, dass unsere Beziehungen auch weiterhin freundschaftlich bleiben! Aber es kann nicht sein, dass Interessenvertreter der europäischen Industrie in irgendwelchen Hinterzimmern Verhandlungen mit britischen Regierungsbeauftragten führen, ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon mitbekommt, nur um dann ein Jahr später die EU-Kommission, den Europäischen Rat und Michel Barnier mit der Erklärung abzuspeisen, „aber seht ihr, uns bleibt doch gar nichts anderes übrig. Die Handelsbeziehungen mit Großbritannien müssen unverändert bestehen bleiben. Und gegenüber den vielen Vorteilen, die sich daraus ergeben, fallen die Abstriche bei der Personenfreizügigkeit doch kaum ins Gewicht“. Wenn wir anfangen, die Regeln des Binnenmarkts Stück für Stück aufzuweichen, weil ein Staat, der die EU verlassen will, nach Gutdünken entscheiden kann, inwiefern er sich an diese Regeln halten will, dann machen wir uns zu den Totengräbern Europas. Es würde das Ende der europäischen Grundprinzipien und all dessen bedeuten, was die Würde und letztlich den Erfolg Europas ausmacht.

Wo wir gerade beim Erfolg Europas sind: Wir müssen die Chancen nutzen, die uns der Außenhandel bietet. Ich für meinen Teil bin kein glühender Verfechter des transatlantischen Freihandelsabkommens. Bei den Verhandlungen mit Kanada stehen wir hingegen kurz vor einer Einigung. Im Ergebnis wäre das ein guter Handelspakt, der beste, den wir jemals abgeschlossen haben. Und zurzeit laufen weitere Verhandlungen über mehr als 140 Abkommen mit Ländern, die über den ganzen Erdball verstreut sind. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit richtet sich jedoch ausschließlich auf das transatlantische Abkommen mit den Vereinigten Staaten.

6. Außenbeziehungen der EU

Europa verhandelt konstruktiv, aber es wird vor den Amerikanern nicht zu Kreuze kriechen. Die Prinzipien, die Europas Erfolg zugrunde liegen, geben wir nicht auf. Doch Europa darf sich nicht vom Rest der Welt abwenden, das kann ich gar nicht oft genug betonen.

Mit jeder Milliarde Euro, die wir unserem Außenhandelsvolumen, das heißt dem Handel mit Nicht-EU-Staaten, hinzufügen, schaffen wir 14000 Arbeitsplätze in Europa. Das Freihandelsabkommen mit Südkorea, das 15 Milliarden Euro umfasst, ist gerade fünf Jahre alt geworden. Allein im Zuge dieses Handelspaktes konnten wir in Europa 200000 Arbeitsplätze schaffen. Auch deswegen sollte man nicht immer so tun, als ob Freihandelsabkommen vor allem internationalen Unternehmen und dem Großkapital dienen. Das stimmt doch nicht. Wenn Grundregeln eingehalten werden, steht der gesellschaftliche Nutzen solcher Verträge außer Frage.

Fazit

Verehrte Damen und Herren, soviel zu dem Programm, das ich hier nur in groben Zügen umreißen konnte und das sich nicht zuletzt zum Ziel gesetzt hat, den jungen Menschen wieder Hoffnung zu machen. Man muss Europa so sehen, wie es ist. Es ist der kleinste Kontinent, der sich für den größten hält. Auf Europa entfällt ein Viertel des globalen Bruttoinlandsproduktes, obwohl 80 Prozent der Wertschöpfung außerhalb seiner Grenzen stattfinden. In Zukunft wird dieser Anteil weiter sinken, von derzeit 25 Prozent auf ungefähr 15 Prozent. Dazu kommt der Bevölkerungsrückgang. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts stellten Europäer 25 Prozent der Weltbevölkerung. Am Ende dieses Jahrhunderts werden nur 4 Prozent unter den 10 Milliarden Erdbewohnern Europäer sein.

Wer es angesichts dieser Situation oder anlässlich anstehender Präsidentschaftswahlen für angebracht hält, Europa wieder in kleine nationale Parzellen aufzuteilen anstatt unsere Anstrengungen zu bündeln und gemeinsam unserer Platz in der Welt zu finden – und das heißt: für unsere Werte in der Welt einzustehen und den Platz Europas nicht gegen andere zu verteidigen, sondern indem wir unsere eigene Identität bekräftigen –, unterliegt einem schwerwiegenden Irrtum. Es stimmt nicht, dass Europa seine besten Tage bereits hinter sich hat. Doch es braucht Geduld und Energie, um hochgesteckte Ziele zu erreichen und den langen Weg, auf dem wir uns befinden, zu Ende zu gehen.



Zu den gleichen Themen...

JA, WIR SIND EUROPÄER!

Declaration by the Jacques Delors Institute's European steering committee, Tribune, Viewpoint, Jacques Delors Institute, November 2016

FRANKREICHS VISION VON EUROPA

François Hollande, Tribune, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

AUFGABE UNSERER GENERATION: DIE ZUKUNFT DER EU GESTALTEN

Manuel Valls, Tribune, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

20 YEARS OF EUROPE! FRANÇOIS HOLLANDE 06.10.2016

François Hollande, Video, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

THE POLITICAL FUTURE OF THE EUROPEAN UNION - JEAN-CLAUDE JUNCKER 7.10.16

Jean-Claude Juncker, Video, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

THE POLITICAL FUTURE OF THE EUROPEAN UNION - MANUEL VALLS 7.10.16

Manuel Valls, Video, Jacques Delors Institute, Oktober 2016

STRONGER TOGETHER – EVEN AT 27!

Yves Bertoncini and Enrico Letta, Tribune, Viewpoint, Jacques Delors Institute, September 2016

EU UND KOLLEKTIVE SICHERHEIT: GEMEINSAM SIND WIR STÄRKER!

Jacques Delors, António Vitorino, Pascal Lamy, Enrico Letta and Yves Bertoncini, Tribune, Jacques Delors Institute, Juni 2016

Herausgeber: Prof. Dr. Henrik Enderlein • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten
• Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig • Übersetzung aus dem Französischen •
© Jacques Delors Institut – Berlin, 2016 • © Fotos: David Pauwels.



Hertie School
of Governance



Pariser Platz 6, D - 10117 Berlin
19 rue de Milan, F - 75009 Paris
office@delorsinstitut.de
www.delorsinstitut.de

